

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
(Samstags 2 Blätter und das St. Quirinus-Blatt.)
Preis pro Quartal: in Neuß in's Haus gebracht und auswärts an der Post abgeholt 1 Mark 75 Pfg. = 17½ Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: A. Hansen.
Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei zu Neuß.
Expedition: Neuß, Markt.

Inserate für die nächstfolgende Nummer werden bis 7 Uhr am Vorabend erbeten; Preis für die 5-spaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg. = 1½ Sgr.
Bei größeren Annoncen entsprechender Rabatt.

Der Samstagsnummer wird ein „**Illustrirtes Sonntagsblatt**“ beigegeben, welches den Abonnenten zu einem Mehrbetrag von 25 Pfg. pro Quartal mitgeliefert wird.

Fruchtpreise zu Neuß am 14. Februar.

1a. Hief. Winterweizen (neuer)	11	60
11a. Englisch. u. Sommerweizen	17	60
11b. do. do.	16	40
11c. do. do.	15	90
11d. do. do.	13	40
11e. do. do.	12	40
Wintergerste 1. Qual.	15	—
Buchweizen 2. Qual.	—	—
Preise unverändert.		
Rübsöl per 100 Kilo in Partien von 100 Ctr.	47	50
Rübsöl per 100 Kilo faßweise	49	—
Gereinigt Del per 100 Kilo 3. — W. höher als Rübsöl.	—	—
Preßkuchen per 1000 Kilo	114	—
Kleien per 50 Kilo	4	60
Rübsöl und Kuchen unverändert.		

Wahlwindel.

Die Cartellbrüderchaft muß ihre augenblickliche Lage für erträglich halten, wenn sie dieselbe nur durch grobe Lügen über den päpstlichen Erlaß zu verbessern hofft. Der größte Fehler macht sich die heutige „Kreuztg.“ schuldig, indem sie von „Rundgebungen der Curie gegen die Windthorst'sche Kirchenpolitik“ fabuliert. Wo in aller Welt hat Windthorst, hat das Centrum eine besondere, dem Papst entgegengegesetzte „Kirchenpolitik“ betrieben? Das Centrum wie Windthorst hat stets erklärt, man werde jedem mit Rom vereinbarten Kirchenfrieden zustimmen, möge auch derselbe über die Köpfe des Centrums hinweg erfolgen. Seit 10 Jahren drängte Windthorst zu solchen Vereinbarungen mit dem Papste, wer diesen Mahnungen nicht folgte, war die Regierung. Alle Vorträge wurden einseitig gemacht, man erklärte es lange Zeit für unvereinbar mit den „preussischen Traditionen“ selbst über kirchliche Gesetze und ihre Abänderung mit dem heiligen Stuhl Verhandlungen zu pflegen, und was man bei den Revisionen von 1886 bot, das war kaum der Rede werth, in keinem Falle aber war es eine grundsätzliche Umkehr von den Cultuskampfwegen. Und als dann nur ein Bischof als Herrenhausmitglied den Vermittler des Papstes bei der letzten Novelle spielte, da erklärte man seitens der Gouvernements, „diese Art des Zustandekommens des Gesetzes“ für den selbstständigen preussischen Staat als ungehörig, das Centrum aber lobte die Verständigung mit dem Papste in dieser kirchlichen Angelegenheit und bezeichnete gerade diese Art des Zustandekommens des Gesetzes als den „Anfang einer Besserung“. Also allein das Centrum billigte den letzten Act päpstlicher Kirchenpolitik, wie es allein die Beteiligte des Papstes bei dem Revisionswerk gefordert hatte, die orthodoxen Conservativen und der ganze Haufe der freiconservativen und national-liberalen Cultuskämpfer aber schrien Peter und Paul über diese Beteiligte des Papstes an der letzten Kirchennovelle, ja die National-liberalen lehnten das Gesetz gerade deshalb ab, weil die „Souveränität“ des preussischen Staates die Beteiligte des Papstes nicht zulasse. Und angesichts dieser Thatsachen behauptet die „Kreuztg.“, der Papst habe sich gegen die Windthorst'sche Kirchenpolitik erklärt? Nein, Windthorst und das Centrum bleiben consequent; sie räumen dem Papste nach wie vor in kirchlichen Dingen das entscheidende Wort ein, in weltlichen nur ihrer eigenen Ueberzeugung; unsere Gegner aber, die Cartellbrüder, wollen den Papst in religiösen Dingen nicht zu Worte kommen lassen, wohl aber in rein weltlichen Dingen, wenn Letzteres ihnen in den — Kram paßt. Eine weitere Lüge der „Kreuztg.“ ist die Behauptung: so lange Preußen und das Reich den lat. Rechten und Interessen nicht zu nahe treten, solle nach des Papstes Wunsch das Centrum kein oppositionelles Centrum sein. Man sieht: der einen Specialfall betreffende päpstliche Wunsch wird bereits vom Reichsmaschcartell generalisirt! Aus dem päpstlichen Wunsch, für das Septennat zu stimmen, wird bereits das Gebot fabricirt, der Regierung in allen andern Dingen, mögen sie nun politischer, socialer oder wirtschaftlicher Natur sein, überhaupt keine Opposition zu machen. Mit anderen Worten heißt diese Behauptung des Falscherblattes: Der Papst hat das Centrum zu einer Falscherpartei verurtheilt, die in allen weltlichen Dingen nach der Fiktion der Regierung tanzen soll. Daß in dieser Fiktion des Falscherblattes die größte Verleumdung des heiligen Vaters liegt, das bedarf keines weiteren Beweises. Vielleicht erkennt man nun auch in Rom, mit was für Beuten wir uns hier herumzuschlagen müssen. Vielleicht sieht man nun auch dort ein, daß man Beuten mit preussischen Traditionen im Leibe selbst den kleinen Finger nicht entgegenstrecken darf ohne die Gefahr, daß damit der größte Rißbruch getrieben wird. Deutschlands Katholiken kennen ihre Pappenheimer und dieser grundsätzlichen Kenntniß verbanke sie ihre bisher siegreiche Taktik. Wie leben in erster Zeit, aber behalten wir unsere lästige Ueberzeugung, so werden wir auch aus diesem Sturm siegreich hervorgehen.

Deutschland.

CPC. Berlin, 11. Febr. Das Abgeordnetenhaus erledigte heute die Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung, des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses durch unveränderte Bewilligung derselben. Eine längere Debatte rief nur der Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung hervor. Die Abg. Dr. Katorp, Schmieding und Dr. Hammer brachten die drückende Lage der rheinisch-westfälischen Montanindustrie zur Sprache und beklagten sich darüber, daß der Eisenbahnminister die Wünsche der Industriellen auf Herabsetzung der Eisen- und Kohlentarife nicht genügend berücksichtigt habe. Minister Maybach erklärte, daß er der Industrie gern jede Förderung zu Theil werden lasse, aber zu einer einseitigen Begünstigung der westfälischen Montanindustrie durch Herabsetzung der Tarife, die für den Fiskus einen Ausfall von mehr als 20 Millionen jährlich bedeuten würde, könne er sich nicht ohne Weiteres entschließen, da er das Interesse der Gesamtheit zu wahren habe. Die gegenwärtige Nothlage der Montanindustrie sei übrigens zum Theil durch die Ueberproduktion selbstverschuldet.

Abg. Dr. Schenck empfahl, statt der angeregten obligatorischen Produktionsbeschränkung, die das Prinzip der Freiheit des Bergbaues erschüttern würde, auf eine Consolidation der Betriebe Bedacht zu nehmen, weil damit an den Verwaltungskosten erheblich gespart würde, — ein Vorschlag, der auch seitens des Ministers Maybach und des Abg. Schmieding gebilligt wurde.

Abg. Letocha beleuchtete die Lage der ober-schlesischen Montanindustrie, in deren Interesse er die alsbaldige Schiffbarmachung des oberen Oderlaufes befürwortete, und die Verhältnisse der ober-schlesischen Bergarbeiter. In letzterer Hinsicht führte er an, daß in Oberschlesien ungefähr 12,000 Arbeiterinnen in Gruben und Hütten beschäftigt würden, was aus socialen, sanitären und sittlichen Gründen sehr bedenklich sei. Eine Herabminderung der Frauenarbeit könne leicht dadurch herbeigeführt werden, daß man wenigstens auf fiscalischen Gruben die jugendlichen Arbeiter von 14 bis 16 Jahren zulasse. Minister Maybach dankte für die gegebenen Anregungen, deren Erwägung er zusicherte.

Im weiteren Verlaufe der Berathung wurde von dem Abg. Behr Tarifierung für den Transport von Kalksalzen nach dem Oden, von dem Abg. Vrenndt Einführung eines Rohkupfer-Holls, von dem Abg. Olgen und Lehmann Verbesserung der technischen Bergwerksunterbeamten, von dem Abg. Dr. Schulz und Dr. Frhr. v. Schorlemer-Alst Anstellung von Bohrversuchen im müsterrischen Becken empfohlen.

Die Etatsposition zur Herstellung einer Auflösungstation für Karminallische bei dem fiscalischen Bergwerk in Staßfurt fand im Hause Widerspruch, indem der Abg. Dürre (Magdeburg) die Ablehnung der Position befürwortete, weil der Staat den vorhandenen Fabriken nicht eine vernichtende Konkurrenz machen dürfe.

Auch Abg. Dr. Windthorst war der Meinung, daß der Staat sich durch Errichtung neuer Betriebe nicht in einen Concurrenz-Kampf einlassen dürfe, vielmehr sich darauf zu beschränken habe, das Rohprodukt zu fördern, die weitere Verbreitung aber der Privatthätigkeit überlassen müsse.

Abg. Dr. Frhr. v. Schorlemer-Alst empfahl dagegen die Genehmigung der Position, weil es sich nicht um einen neuen Betrieb, sondern um die richtige Ausnutzung eines vorhandenen Betriebes handle.

Die Position, für deren Bewilligung auch der Abg. Graf Limburg-Stirum eintrat, wurde darauf genehmigt. Samstag Eisenbahnvorlage.

Die Budgetcommission des Abgeordnetenhauses hat gestern Abend mit der Durchberatung des Cultus-etats, die ohne bemerkenswerthe Verhandlungen verlief, ihre Etatsberatungen zum Abschluß gebracht.

Im Abgeordnetenhaus weisen die Bänke von Tag zu Tag größere Lücken auf, so daß es fraglich erscheint, ob in der nächsten Woche noch ein beschlußfähiges Haus zusammengehalten werden kann. Dies hat dem Vernehmen nach beim Präsidenten die Erwägung hervorgerufen, ob es nicht besser sei, statt vor leeren Bänken über den Cultus-etat zu verhandeln, schon am Sonnabend die beabsichtigte längere Vertagung des Hauses eintreten zu lassen und nach derselben mit der Berathung des Cultus-etats die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

CPC. Berlin, 12. Febr. Das Abgeordnetenhaus erledigte in der heutigen Sitzung die erste Lesung der neuen Eisenbahn-Verstaatlichungsvorlage und der Secundärbahnvorlage, die in einer Ueberweisung der beiden Vorlagen an eine Commission zur Vorberatung derselben ihren Abschluß fand, und vertagte sich alsdann in Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen bis zum 23. d. Mts.

Bei der Verstaatlichungsvorlage brachte Abg. v. Strombeck den principiellen Widerspruch des Centrums gegen das reine Staatsbahnsystem zum Ausdruck, wobei er besonders auf das große Bedenken hinwies, welches der Eisenbahnetat mit seinen schwankenden Einnahmen für unser Budget hat. Da jedoch das Staatsbahnsystem nun einmal zur vollendeten Thatsache geworden, erfordere die Consequenz die Annahme dieser Vorlage.

Minister Maybach hob in seiner Entgegnung hervor, daß die gegenwärtige Finanzlage eine weit schlechtere sein würde, wenn nicht die großen Ueberschüsse des Eisenbahnetats vorhanden wären.

Bei der Secundärbahnvorlage wurden von verschiedenen Seiten Wünsche localer Natur betreffs neuer Bahnprojecte geäußert.

Minister Maybach bemerkte, daß die Regierung bestrebt sei, die Bedürfnisse nach Aufschließung einzelner Landestheile durch Eisenbahnen zu ermitteln und denselben gerecht zu werden. Als besonders beachtenswerth hob der Minister den Theil der Vorlage hervor, in dem zur Errichtung von Dienstwohnungen für Bahnwärter 600,000 M. verlangt werden.

Abg. Imwalle erblickte in der Vorlage eine eminente Friedensstimmung, weil man bei einer unmittelbar bevorstehenden Kriegsgefahr, von der die Officiellen immer reden, schließlich 70 Millionen zu Eisenbahnbauten verlangen würde.

Minister Maybach wollte diese Auffassung nicht gelten lassen. Die Vorlage setze allerdings Mißschweigen voraus, daß der Friede erhalten bleibe, dieselbe werde aber beim Ausbruch eines Krieges nicht zur Ausführung kommen.

Abg. Dr. Behr (Dt. Krone) fand die Provinz Westpreußen in der Vorlage noch nicht genügend berücksichtigt, worauf Abg. Dr. Windthorst darauf aufmerksam machte, daß die Provinz Hannover ebenfalls betreffs der Secundärbahnen gar keine Berücksichtigung gefunden habe.

Für die nächste Sitzung am Mittwoch 23. Februar ist der Cultus-etat auf die Tagesordnung gesetzt.

Berlin, 11. Februar. Ueber die Vorgeschichte des Limburger Erlasses wird uns berichtet: Der Regierungspräsident v. Wurmb candidirt in einem der Wahlkreise Nassaus. Sein Wahlsieg hängt von der Haltung der Katholiken ab. Nun hatte der Herr Präsident jüngst eine Besprechung mit dem Limburger Bischof. Was da besprochen wurde, darüber verlautet nichts. Vielleicht wurde auch darüber Bescheid gegeben, daß ein Pfarrer der Centrumparole gemäß gegen den Wahlmaschcandidaten und für dessen Gegner sich ausgesprochen hatte. Kurz nach der Visite des Regierungspräsidenten erschien dann der bischöfliche Erlass. Man ist hier überzeugt, daß kein anderer Bischof in die Fußstapfen des Bischofs Karl durch Erlass eines ähnlichen Rundschreibens treten wird. Uebrigens paßt dem Erlasse eine Ehre, die seit Jahren bischöflichen Erlassen nicht zu Theil geworden ist: er wird heute vom königlichen Preussischen Staatsanzeiger veröffentlicht mitgetheilt. — Bekanntlich hat sich der Vater des Wahlmaschcartells, Kreuzzeitungs-Chef v. Hammerstein, jüngst noch für das Monopol als die beste Steuerform für Branntwein und Tabak erklärt. Die Monopolpläne spulen also in den conservativen Köpfen noch so stark, daß selbst die elementarsten Klugheitsrücksichten sie nicht zum Schweigen bringen können. Nun weist man darauf hin, die Abneigung gegen Monopole sei so stark gewesen, daß für das Branntweinmonopol im Verlaufe nur 3 Reichstagsmitglieder gestimmt hätten. Indessen, der Schluß daraus ist unrichtig. Es haben 26 meist conservativ Abgeordnete sich der Abstimmung enthalten und dadurch an den Tag gelegt, daß sie nicht grundsätzliche Gegner des Monopols seien. Darunter befindet sich auch Herr v. Hammerstein, der sich jetzt laut für das Monopol erklärt hat. Ferner fehlten bei der Abstimmung ohne Entschuldigung weitere 26 meist conservativ Abgeordnete, die man ebenfalls nicht zu den Gegnern des Monopols zählen kann und ihnen sind auch die 9 Entschuldigten beizuzählen. Wie die Conservativen monopolisüchtig sind, ging am besten daraus hervor, daß ihrer 66 beantragten, die Vorlage nochmals zur besseren Berathung an die Commission zurückzuweisen. Wer also dem Branntwein- und Tabakmonopol die Wege ebnen will, der stimme für einen Wahlmaschcandidaten. Wer dagegen von Monopolen nichts wissen will, der trete entschieden für die Centrumschancen, oder, wo ein solcher nicht aufgestellt ist, für den Gegner des Wahlmasches ein.

Die „Weser-Ztg.“, ein protestantisches Blatt, schreibt: „Es ist ein großer Mißstand, wenn ein fremder Souverän, als welcher der Papst auch von Preußen anerkannt wird, einen tatsächlichen Einfluß auf deutsche Volksvertreter hat. Als unerträgliches Uebel wurde ein solcher Zustand vom Fürsten Bismarck in den siebziger Jahren mit dem vollen Nachdruck seines ganzen persönlichen Auftretens bekämpft. Er betonte, daß es wenig ausmache, ob der Papst weltlicher Territorialherrscher sei oder nicht; neben seiner irdischen Macht verfüge er über ein Weltintommen, welches zwar nicht ganz das des

Haus Rothschild erreichte, aber ihm doch, sehr nahe komme und ausschließlich für die Herrschaft der Kirche ausgegeben werde. Um diesen Einfluß des fremden Souveräns in Deutschland zu brechen, wurde die Raigefestgebung der stehigen Jahre unternommen. Wenn nun aber die preussische Regierung amlich und ausdrücklich durch ihren Gesandten eine Einwirkung dieses fremden Souveräns auf deutsche Reichstagsangelegenheiten, so erhebt sich das, was früher als Nichtand bekämpft wurde, zu einer anerkannten, functionierten Institution. Wer für die unermessliche Wichtigkeit dieses principellen Schrittes keine Schätzung hat, dessen Geist ist durch andere Dinge verblendet. Die Sache steht genau auf derselben Höhe, als wenn ein Souverän sich entschließen muß, die Revolution in seinem Lande als kriegsführende Macht anzuerkennen. Die petitio principii, daß deutsche Abgeordnete sich nur von ihrem eigenen Gewissen bei der Entscheidung über Deutschlands Wohl leiten lassen sollen, daß sie keine außerdeutsche Zustimmung, keinem fremden Souverän Gehorsam leisten sollen, kann die Regierung fortan nicht mehr erheben. Man würde ihr erwidern — und mit Recht — daß sie selbst es gewesen, die den Papst angerufen, seine Macht über deutsche Abgeordnete also als legal anerkannt habe.

Die „Freis. Btg.“ schreibt: Ein Punkt der Officiellen besteht auch darin, daß sie von dem französischen militärischen Credit von 86 Millionen Francs sprachen, ohne anzugeben, wozu der Credit bestimmt ist. Der Leser kann sich alsdann einbilden, daß dieser Credit zu einer Kriegsführung, womöglich zu einem Ueberfall gegen Deutschland bestimmt sei. Bekanntlich aber sind 71 Millionen dieses Credits dazu bestimmt, um der französischen Armee dasjenige Gewehr zu verschaffen, welches die deutsche Armee schon besitzt.

Die Bedeutung des neuen deutschen Gewehrs für die Erhaltung des Friedens wird in einer militärischen Correspondenz der „Köln. Btg.“ treffend hervorgehoben. Man sieht aus dieser Correspondenz, daß in militärischen Fachkreisen gerade entgegengesetzte Anschauungen über die Nähe einer Kriegsführung verbreitet sind, wie sie fortgesetzt durch die officiële Presse verbreitet werden, welche von dem Berliner Pressbureau resorrtiert. In dem betreffenden Artikel wird hervorgehoben, daß die Nachbarn im Westen und Osten die deutsche Militärverwaltung immer noch mit Versehen beschäftigt glaubten, während schon seit längerer Zeit die Einführung der neuen Waffe thatsächlich beschlossen war und in einem Zuge im Herbst v. J. 100,000 Stück derselben ausgegeben werden konnten, ohne daß damit der Vorrath erschöpft gewesen wäre. Gegenwärtig ist bereits über ein Drittel der deutschen Armee mit dem Mehrader ausgerüstet, und was die Hauptfrage bleibt, vom 19. Febr. ab werden ungefähr 250,000 Mann mit dem Gewehr desselben vollkommen vertraut sein. Gerade die Geräuschlosigkeit, mit welcher im Gegensatz zu anderen Armeen die ganze Angelegenheit betrieben wurde, die folgerichtige Aenderung der Gefechtsweise, sicherten Deutschland einen Vorsprung von großer militärischer und im gewissen Sinne auch von politischer Bedeutung, die friedlichen Versicherungen von jenseits der Vogesen ständen in urthümlichem Zusammenhang damit, daß der Vorsprung in der Neubewaffnung auf die gallische Revanchelust vorläufig niederlegend zu wirken geeignet ist. Auch die fieberhaften Anstrengungen, welche der mit Millionen so reichlich ausgestattete Boulanger macht, um diesen Vorsprung wieder einzuholen, können hieran bis auf weiteres nichts ändern, da es allein schon aus mechanischen Gründen unmöglich ist, innerhalb kurzer Zeit die Leistungsfähigkeit der deutschen Gewehrfabriken in Herstellung des Mehraders zu erreichen oder gar zu überbieten. Und selbst wenn hierin mit der Zeit — wofür aber doch immerhin 1 bis 2 Jahre zu bemessen sind — ein Austausch herbeigeführt wird, so bleibt für die deutsche Armee auch dann noch der Vortheil bestehen, in Bezug auf das Vertrauen mit der Leistungsfähigkeit und tactischen Verwendung der Waffe allen anderen Armeen bis auf Weiteres überlegen zu sein. Da es aber gerade das deutsche Heer ist, welches diese Ueberlegenheit auf waffentechnischem Gebiete sich zu sichern gewußt hat, so liegt darin vielleicht ein Umstand mehr, der andere Staaten von kriegerischen Aventuren abhält.

Berlin, 12. Februar. Der „Reichs-Anzeiger“ meldet die Ernennung des Herrn Dr. theol. Erich Franz (Dresden) zum ordentlichen Honorar-Professor in der theologischen Facultät zu Münster. — Der zum Oberbaurath ernannte Geheimrath Jacobi ist mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Dringen in der dritten Abtheilung der rechtsrheinischen Eisenbahn-Direktion zu Köln definitiv betraut.

Breslau, 12. Febr. Die „Breslauer Btg.“ meldet: Die Polizei beizugnahme heute 30,000 socialistische Wahlzettel, weil dieselben hinsichtlich der Angabe des Wählers und Herausgebers den Bestimmungen des § 6 des Wahlgesezes nicht genügten.

Halle, 12. Febr. Die „Saalezeitung“ will zuverlässig erfahren haben, die kaiserliche Wahlbotchaft sei festgestellt, sie werde aber erst einige Tage vor dem 21. d. veröffentlicht werden.

Oesterreich.

Budapest, 12. Febr. Nächsten Dienstag wird die Regierung dem Parlament eine Vorlage machen, betreffend den Credit von 8 Millionen für die Ausrüstung des ersten Aufgebots des ungarischen Landheeres.

Belgien.

b. Brüssel, 11. Febr. Wie schon der Telegraph gemeldet hat, wurde endlich seitens der hiesigen Regierung ein außerordentlicher Credit gefordert, der zum größten Theil für die Reorganisation des Heeres verwandt werden soll. Es handelt sich um eine Summe von rund 19 Millionen, weitere Forderungen im Betrage von 40 Millionen wurden für die beiden nächsten Jahre in Aussicht gestellt. Unter der umsichtigen und ökonomischen Leitung des Premierministers Vermeert hat sich die finanzielle Lage, welche von den vorherigen liberalen Regierungen an den Abgrund getrieben war, derart gebessert, daß das Land trotz der Krisis

die geforderten Opfer darbringen kann. Die genannten 19 Millionen sollen in erster Linie einer Neubewaffnung der Infanterie, sodann die Befestigung des Eingangs zum Maas-Canal, der Linie Bättich-Namur dienen. Dieselbe Kammer-Deputirten Houzeau und Carlier entgegen, die Frage des persönlichen Dienstes nicht schon jetzt im Anschluß an obige Budgetforderungen zur Discussion zu stellen, sondern denselben nochmals und zwar bis zu der nach Ansicht der belgischen Katholiken mindestens gleichbedeutenden landwirtschaftlichen Frage der Einführung eines Vieh- und Getreidezolles auszuheben. Damit scheint das project d'outremont bereits gerichtet und die nunmehr eingetretene Initiation der Regierung mit der Befestigung ihrer Kammermehrheit im Widerstand zu stehen. Erstere verlangt eine für die hiesigen Verhältnisse ungeheure Summe zur Durchführung der Reorganisation, letztere erklärt eine Lösung der Militärfrage noch für weniger dringlich, als die zur Bekämpfung der landwirtschaftlichen Krisis unterbreitete Zollfrage. Von Interesse ist die Analogie, welche momentan von diesen Gesichtspunkten aus zwischen der belgischen und französischen Kammer besteht. Auch in Paris hatten sich die Volksvertreter darüber auszusprechen, ob die Discussion der Militärcredite ihnen wichtiger als die Erhöhung der Eingangszölle. Im kriegerischen Frankreich, wie im neutralen Belgien hat die letzterwähnte Frage den Vorrang erworben. Die landwirtschaftlichen Minister beider Länder sind erklärte Schutzhöller. In Frankreich unter dem allgemeinen Stimmrecht besteht bereits ein Eingangszoll für Cerealien und Vieh, es gilt, denselben zu erhöhen, hier in Belgien, unter dem veralteten Censussystem, handelt es sich darum, denselben Weg in der Zollpolitik zu betreten. Die Militärreformen sind in Frankreich seit 17 Jahren in den Vordergrund getreten, in Belgien — dies ist der einzige Unterschied der sonst auffallend analogen Verhältnisse — ist in dieser Beziehung bisher Alles versäumt. Wie gesagt, beschloß die Kammer die Erörterung der Abschaffung des Stellvertretungssystems erst nach der Erledigung der Zollgesetz-Kammeritzungen der Woche einer Reihe von landwirtschaftlichen Fragen gewidmet, welche in möglichster Ruhe abgehandelt wurden und von keiner internationalen Bedeutung sind. Bei der demnächstigen Debatte über den Ausgang der geforderten Aenderung des Rekrutierungssystems kann man nicht mehr im Zweifel sein, wenn die Mehrheit der Katholiken, wie ihr Führer Boesie, in der bisherigen Feindseligkeit gegenüber der Reform verharrt. Boesie selbst, als echter Katholik, bleibt seiner Stellungnahme treu und widersteht allen Versuchen seiner fortschrittlich gesinnten Kollegen, diesen antimilitärischen Standpunkt zu verlassen. Sein kürzlich in der Kammer im Namen der „Section Centrale“ verlesener Rapport verurteilt alle seit Monaten in Belgien veröffentlichten Entwürfe und erklärt sich für die Beibehaltung des Stellvertretungssystems. Was aber wird dem belgischen Heere die beste Opfer verlangt — nützen, so lange dasselbe aus Elementen besteht, die sich im Augenblick der Gefahr zu den Feinden der Ordnung und des Vaterlandes schlagen.

Daß eine solche Gefahr in Belgien andauernd existiert, bekräftigen sämtliche Tagesereignisse, die ich Ihnen zur Ergänzung des Vorlesenden heute noch erwähnen könnte. Die in den letzten Tagen in Gent stattgehabten Militär-Aushebungen führten täglich einen offenen Widerstand der jungen Socialisten herbei, in Mons fanden weitere Gerichtsverhandlungen gegen Aufrechterhaltung der Neutralitätsfrage will das beunruhigte Publikum nicht verlassen, die Aufführungen eines Schauspiels: „Der kleine Patriot“, welches Ausfälle gegen die Republik enthält, rufen in verschiedenen Städten allabendlich den Protest der Socialisten und durch das Einschreiten der Polizisten blutige Kämpfe hervor.

Italien.

Der „Observatore Romano“ kommt heute nochmals auf die Note des Cardinal-Staatssecretärs Jacobini an den Völkern zurück und wendet sich namentlich mit aller Entschiedenheit gegen die Verdächtigung liberaler Väter, als habe der heil. Stuhl das Centrum und die deutschen Katholiken beleidigt. „Wirklich!“ ruft das Blatt aus, „im Gegentheil, das Actenstück des Cardinal-Staatssecretärs, welches für den religiösen Frieden und die End-Revision der Raigefese befohlen ist, ertheilt dem Centrum und den Katholiken das glänzendste Lob (i. p. u. nobili e logi) und zählt mit großer Wärme die Verdienste desselben auf, es will seinen Fortbestand und vertritt die wertvollen Dienste, welche es der Religion und dem Papstthum leisten kann.“ In ähnlicher Weise spricht der „Moniteur de Rome“ sich aus. „Das Centrum“, sagt dieses Blatt, „muß bleiben und wird bleiben. Der Vatican spricht es aus und erkennt dankbar die Verdienste an, welche die Vertreter des katholischen Volkes der Kirche geleistet haben.“

England.

London, 11. Febr. (Unterhaus) Fergusson erklärte, die Regierung habe, als sie in den Fürsten Alexander drang, in Bulgarien zu bleiben und das Land durch die Krisis zu leiten, von der erfolgten Abdankung desselben, sowie auch davon gewußt, daß der Zar die Rückkehr des Fürsten nicht billige. Die jetzige Politik der Regierung bezüglich Bulgariens sei bekannt. Der erste Lord des Sch. Camies, Smith, habe dieselbe am ersten Sessionabend sehr klar dargelegt, daß eine Einmischung durch die Pflichten und Interessen und die vertragmäßigen Verpflichtungen Englands absolut begrenzt werde.

Rußland.

St. Petersburg, 12. Febr. Die Nordische Telegraphen-Agentur meldet: „Die an der Berliner Börse umlaufenden Gerüchte, daß für die russischen Anleihen Couponsteuer zu erwarten sei, sind schon eine der Form nach unbegründet, da solche Steuer, gewisse Anleihen ausgenommen, bereits existiert. Eine etwaige Ausdehnung der Couponsteuer auf bisher unbesteuerter Anleihen anlangend, wird auch diese von hiesigen Bank- und Börsen-Kreisen für absolut unbegründet gehalten.“ — Der Khan von Khiva beabsichtigt in diesem Jahre,

ein längere Reise durch ganz Europa zu machen. Wie die „Nowoje Wr.“ mittheilt, wird er zunächst Moskau und St. Petersburg besuchen, dann sich nach Frankreich, die Schweiz und Spanien begeben und über Oesterreich, Deutschland und Rußland zurückkehren. Den Herbst wird der Khan in der Prim verbringen.

Für Wahlbewegung.

* Kempten, 14. Febr. Eine glänzende, von ca. 2000 Wählern besuchte Versammlung der Centrumpartei fand gestern Nachmittag unter dem Vorsitze des Herrn Rittersgutbesitzer Fr. Weidenfeld in der bis zum letzten Platz gefüllten Tonhalle statt. Es sprachen, von häufigem Beifall unterbrochen, unsere beiden Abgeordneten v. Dalwigk und von der Aht, sowie Herr Baumeister Busch und Herr Proiz. Indem wir uns einen eingehenden Bericht vorbehalten, theilen wir nachstehend die von der Versammlung gutgeheißene Resolution mit:

„Se. Eminenz der Cardinal-Staatssecretär Jacobini haben in der Note vom 21. Januar 1887 im Auftrag des hl. Vaters ausgeprochen:

„daß der hl. Stuhl beständig die Verdienste anerkennt, welche das Centrum und seine Führer sich in der Vertheidigung der katholischen Sache erworben haben; . . .

„die Aufgabe der Katholiken, die religiösen Interessen zu schützen, könne keineswegs als erschöpft angesehen werden; . . . auf die vollständige Abschaffung der Kampfesgehe hinzuwirken, die richtige Auslegung der neuen Gesetze zu vertheidigen und ihre Ausführung zu überwachen — das alles fordert jederzeit die Thätigkeit der Katholiken im Reichstage.“

Weiterhin ist dem Centrum, als politische Partei betrachtet, immer volle Freiheit der Action beizubehalten worden.“

Die heutige Versammlung der Centrumpartei im Wahlkreise Neuch-Grovenbroich spricht für jene Anerkennung Dank aus, gelobt feierlich mit allen Kräften für den notwendig erklärten Fortbestand des Centrums einzutreten, und erklart in der Freiheit des Centrums als einer politischen Partei eine unerlässliche Grundlage des Volkes überhaupt und insbesondere für die christlichen Interessen.

Die Versammlung erkennt, daß aus dem gewissenhaften Gebrauche dieser politischen Freiheit wohl Verschiedenheiten der Meinung entspringen; aber sie verabschiedet den Vorwurf, hierdurch werde die Treue gegen den Kaiser und die Gerechtigkeit vor dem Papste beeinträchtigt.

Zum Schlusse wurde ein donnerndes Hoch auf das Centrum ausgebracht.

In Grovenbroich fand eine Versammlung von „Wählern aller Parteirichtungen, welche dem Septennat zustimmen“ statt. Die Versammlung war von 150—180 Personen besucht. Ein Aufruf wurde vertheilt, welcher Herrn Saurland als Candidaten empfiehlt; der Aufruf ist u. a. unterzeichnet von einem Landrat, einem Amtsrichter und einem Reserve-Lieutenant aus Neuch. Es sprachen Herr Landrath von Dörken, Herr Busch-Grovenbroich und Herr Flemming-Neuch. Wir kommen auf die interessanten Verhandlungen noch zurück.

Gladbach, 12. Febr. Die gestern Abend angekündigte Versammlung der social-demokratischen Partei wurde, nachdem der Abg. Darns die erste Rede vom Stapel gelassen, gegen 10 Uhr politisch aufgelöst. Die zu Agitationszwecken abgetheilte Collecte wurde unterlag.

Kempten, 9. Febr. Die Socialdemokraten des Wahlkreises Kempten wollen es, wohl um ihre Stärke zu prüfen, mit der Aufstellung eines eigenen Candidaten versuchen. Das bezügliche Flugblatt macht es, ähnlich wie das entsprechende in Gersfeld zur Vertheilung gelangte, dem Centrum zum Vorwurf, daß dasselbe der Regierung in der Militärfrage Alles auf drei Jahre bewilligt hat. Die Socialdemokraten waren bekanntlich gegen jene Erhöhung der Präsenzstärke der Armee. Im Uebrigen ist das Flugblatt ruhig gehalten.

— Furrahl! Aus Baderborn wird der „Germania“ gemeldet, daß man als „guten Katholiken“ Herrn Gschwein-Commissionsrath Binder, Chefredacteur der „Nordb. Allg. Btg.“, dem Centrumsmanne Stadtrath Heße entgegenstellen wolle. Furrahl!

Fulda, 9. Febr. Das „Echo der Gegenwart“ erhält von hier nachstehende Mittheilung:

„Ein Hochwürden beehren sich die Unterzeichneten die ergebene Mittheilung zu machen, daß 1. Graf Droste-Bischoff sich zur Annahme der Wiederwahl in unserem Bezirke schriftlich bereit erklärt hat; 2. unser hochwürdigster Herr Bischof ausdrücklich — unter Ertheilung der Ermächtigung, dies dem Wahlcomité — und dem hochwürdigsten Clerus mitzutheilen — erklärt hat, daß er seine Wahlpflicht erfüllen und für den Candidaten des Centrums stimmen werde. Also mit doppeltem Rathe an das Volk! Sollte Jhresseits die von uns neulich erbetene Mittheilung noch nicht anher gelangt sein, so bitten wir dringend darum. Im Auftrage des Comités: A. Schmid, Professor, J. Raug, Rechtsanwalt, R. Schmitt, Fabrikant.“

Graf Droste-Bischoff, Candidat des Centrums, hat bekanntlich gegen das Septennat gestimmt.

Franfurt, 10. Febr. Die heute Abend im Saale im „Storch“ abgehaltene, recht zahlreich besuchte Wähler-Versammlung der Centrumpartei erklärte ihr völliges Einverständnis mit den von der Wählerversammlung rheinischer Katholiken in Köln gefaßten Resolutionen und beschloß auf Vorschlag des Vorsitzenden, Herrn Dr. Steinle, mit Einstimmigkeit, schon im ersten Wahlgange für den Candidaten der Demokratie, Herrn Leopold Sonnemann, einzutreten, nachdem der Vorsitzende mitgetheilt hatte, daß auf erlassene Anfrage die Centralleitung der Centrumpartei diesen Beschluß gutgeheißt hat.

— Unter der Spitzmarke: „Wähler! schützt das geheime und allgemeine Stimmrecht!“ schreibt die „Niederrh. Volksztg.“:

„Wie die recht denken, anwalt Fiel-Kammer:“

„Durch das das Volk die vertheilte. Auch die die Mittelpar- Augenbeisern: Magnaten in bet werden, aus den Ver- des Reichstags gegeben sei, ist, beweist u. Am 5. Decem- „daß da Ebene der das preussische befaßt, die ge- wahlen abzu- derselbe Mini- Wahlrecht zu des Minister- Kanzlerblatt, den Minister- heime Wähle- glückwünsch- Die Con- ihren Plänen Conservativen, recht die Reg- beiter ermögli- Arbeitgeber zu beider neben- nung des Ab-“

Kürzlich h- Herr v. Put- das allgemeine wird man deuten der Neuerung d- Kreuzztg. tief- gängen Natur Weltanschau- und Widrige- Tittigen dieses- würde, hätten- Also aufge- — Vater- als Reichstags- Stuhlhabfabri- Hiltenswerte e- rufe aus, die Arbeiter sei- sucht die Arbe- daß im Kriege- rens muß man- Einstellung der- Stelle des Er- cher treten, d- würden bald e- leben.“

Das schmerz- fonsders die- Mainz, 1- veröffentlicht- richt, er sei für- tirt. Er habe- her sei nicht- Das Dementi- denz der „Köln- Moufang sei- haapt sich dar- von den Bitten- wahr ist, und- alle mittelparte- Tagen vor der- gelogen werden-

(Für Kri- Versuch, mit- lieutenant z- und der den K- geschäft wird, v- Beretne hineinz- Anhang gesund- erhielt der B- welche der Vor- auf die Zusend- v. d. Tann geg- Die Antwort l-

Auf se- Excellenz- Vereinsstat- Frieden, raden Jwa- Aus b- agitation m- gehörig be- greiflich für- muthe, im- soll, im gi- Empfan- Mit r-

Vorstand d- — Die Au- Zmüßigkeiten w- brüder denken,

chen. Wie die
stau und St.
ch, die Schweiz
Deutschland und
Nien in der

von ca. 2000
mpartei fand
ren Ritterguts-
gten Platz ge-
stigem Besitz
Dalwigk und
ch und Herr
richt vorbehal-
ammlung gut-

acobini haben
des h. Sa-
berbische aner-
Führer sich in
des erwachsen

Interessen
sicht angesehen
schaffung der
Auslegung der
Ausführung zu
die Tätig-

itische Partei
tion verlassen

ei im Wahl-
ang Danas,
notwendig
utreten, und
s einer poli-
des Wirtens

n Interessen.
wissenheiten
lebenen
en Vorwurf,
d die Ghr-

auf das

n „Wählern
zustimmen“
den beucht.
rland als
schrieben von
Neser-
vdrath von
lemming-
nosen

angefüllte
nde, nach-
gelassen,
Agitationen-

des Wahl-
zu präsen-
schen. Das
sprechende
tum zum
ilitätsfrage
demokraten
stärkte der
alten.

Germania“
Gehören
dd. Allg.
gegenstellen

erhält von

en die er-
Bischof
schreift
er Bischof
dies dem
theilen -
Seite zu-
den Can-
doppeltem
is neulich
so bitten
A. Schid,
abreilant.“
hat be-

Soale im
Wahl er-
über völli-
ammlung
und be-
Steinle,
den Can-
einzu-
auf er-
ei diesen

as ge-
eibt die

Wie die Nationalisten über das directe Wahlrecht denken, zeigt deren Candidat für Karlsruhe. Hr. Staatsanwalt Fieser sagte vor zwei Jahren in der Badischen Kammer:

„Durch das unglückselige directe Wahlrecht ist in das Volk die demagogische Bewegung und in die Presse der verschlechterte Ton getragen worden.“

Auch die geheime Abstimmung steht in Gefahr, wenn die Mittelparteien siegen. Die Nationen, die von den Kagenbesitzern in dem Kohlenrevier und von den despotischen Magnaten in Schlesien, resp. von ihren Vertretern angewendet werden, um die geheime Wahl illusorisch zu machen, sind aus den Verhandlungen der Wahlprüfungscommission und des Reichstages selbst bekannt. Daß man von Seiten der Regierung einer Aenderung des Wahlrechts nicht abgeneigt ist, beweist uns der Minister des Innern Hr. v. Puttkamer. Am 5. December 1883 erklärte er im Abgeordnetenhaus:

„Daß das geheime Wahlrecht auf eine schiefe Ebene der politischen Moral führe, und daß deshalb das preussische Ministerium sich mit der ersten Erwägung befaßt, die geheime Stimmabgabe bei den Reichstagswahlen abzuschießen.“ Am 27. Januar 1886 erklärte derselbe Minister, daß der Staatsregierung keine Veranlassung gegeben sei, ihre ungünstige Meinung über das geheime Wahlrecht zu ändern. Schon nach den ersten Äußerungen des Ministers v. Puttkamer war die „Nordd. Allg. Ztg.“ das Ronglerblatt, in der Lage mitzutheilen, daß Fürst Bischoff der Minister v. Puttkamer zu seiner Rede gegen das geheime Wahlrecht „durch ein besonderes Schreiben beglückwünscht habe.“

Die Conservativen jubelten der Regierung offen zu zu ihren Plänen gegen das geheime Wahlrecht. Der Führer der Conservativen, v. Rauchhaupt, nannte das geheime Wahlrecht „die Negation der Autorität“, da dasselbe es dem Arbeiter ermöge, seine wirkliche politische Ansicht vor dem Arbeitgeber zu verdecken. Seine Herren meinen, daß der Arbeiter neben der Arbeitsleistung auch die politische Gesinnung des Arbeiters gekauft habe.

Mächtig hielt ein Verwandter des Ministers des Innern, Herr v. Puttkamer-Plautz, in Danzig eine Rede gegen das allgemeine Stimmrecht, und an die obigen Ministerworte wird man deutlich erinnert, wenn man folgende vorgelegte Äußerung der dem Minister von Puttkamer nachstehenden „Kreuztg.“ liest: „Das allgemeine Stimmrecht ist seiner ganzen Natur nach nicht dazu angethan, eine vornehme Weltanschauung groß zu ziehen. Daß das Plautz und Widrige sich in dem „idealen“ Deutschland unter den Sittigen dieses Wahlrechts aber so reizend schnell entwickeln würde, hätten wir nicht gedacht.“

Also ausgepackt! Keine mittelparteiliche Mehrheit!

— Vater Krupp erklärt für den Sohn Krupp als Reichstagskandidaten für Essen an die Angehörigen der Stahlfabrik und der seiner Firma gehörigen Berg- und Hüttenwerke einen Aufruf. Herr Krupp führt in dem Aufrufe aus, die Hälfte seiner Werke und der darin beschäftigten Arbeiter sei stets für Kriegsmaterial thätig. Herr Krupp sucht die Arbeiter einzuschüchtern, indem er ihnen vorhält, daß im Kriege seine Werke zerstört werden könnten; wenigstens muß man sich auf Entlassungen, selbst bis zur völligen Einstellung der Arbeit vorbereiten. „Dann aber würde an Stelle des Erwerbs die Noth, das Pfandhaus und der Wucherer treten, denn meine Mittel und die Unterstützungskassen würden bald erschöpft sein. Den Gram möchte ich nicht erleben.“

Das schmeckt etwas nach Wahltyrannie. Man wird besonders den Beamten der Firma auf die Finger sehen müssen.

Reinz, 12. Febr. Herr Domcapitular Dr. Mousang veröffentlichte heute eine Erklärung, in welcher er die Nachricht, er sei für das Septennat gestimmt, entschieden dementirt. Er habe stets gegen das Septennat gestimmt, und bisher sei nichts geschehen, was seine Haltung ändern könne. Das Dementi bezieht sich offenbar auf eine Mainzer Correspondenz der „Kölnischen Zeitung“, wonach „versichert“ werde, Dr. Mousang sei Anhänger des Septennats. Man muß überhaupt sich darauf gefaßt machen, daß in den nächsten Tagen von den Mittelparteilern noch viel versichert wird, was nicht wahr ist, und kann daher nicht genug zum Mißtrauen gegen alle mittelparteilichen Ausstellungen rathen. In den letzten Tagen vor der Wahl wird das Blaue vom Himmel heruntergelassen werden.

(Für Kriegervereine!) Augsburg, 2. Febr. Der Versuch, mit Hilfe eines Aufrufes, den der Herr Generalleutnant z. D. v. d. Tann in Augsburg unterzeichnet hat und der den Krieger- und Veteranen-Vereinen im Lande zugesandt wird, Politik und Wahlagitation in die bezeichneten Vereine hineinzutragen, hat bei verschiedenen Vereinen keinen Anfang gefunden. Durch Vermittlung eines Parteigenossen erhielt der V. Cour. Kenntniß von folgender Antwort, welche der Vorstand eines solchen Vereines in Thannhausen auf die Zusendung jenes Aufrufes an den Generalleutnant v. d. Tann gegeben hat, und welche Nachahmung verdient. Die Antwort lautet:

Thannhausen, 31. Januar 1887.
Exzellenz!

Auf sehr geehrte Zusendung des Wahlauftrufes Exzellenz erlaube ich mir zu erwidern, daß laut unserer Vereinsstatuten die Pflege der Kameradschaft im Frieden, sowie Unterstützung hilfsbedürftiger Kameraden Zweck des Vereines ist.

Aus diesem Grunde und weil ich Politik und Wahlagitation nicht als zum kameradschaftlichen Vereinsleben gehörig betrachten kann, werden Exzellenz es begreiflich finden, daß ich den Aufruf, der wie ich vermüthe, zur Kenntniß der Kameraden gebracht werden soll, im hiesigen Vereine nicht officiell bekannt gebe. Empfangen Exzellenz die Versicherung u. s. w.
Mit vorzüglicher Hochachtung!
Joh. Bosch jun.,
Vorstand des Veteranen- und Soldaten-Vereines.

Die Auflösung der Kriegervereine durch innere Zwistigkeiten wird sich wahrlich vollziehen als unsere Cartellbrüder denken, wenn es mit der politischen Agitation inner-

halb der Vereine so fortgeht wie bisher. Aus Koppebrunn bei Sameln wird dem „Verl. Tagebl.“ geschrieben, daß man dort in einem Kriegerverein schon abgestimmt habe, für wen man stimmen wolle und daß die Minorität von dem Vorstand mit Ausschließung aus dem Verein bedroht worden ist.

Rheinland - Westfalen.

* Neuf, 13. Febr. Der städtische Männergesangsverein mit Damenchor veranstaltete heute Abend im Kaufhaussaal ein großes Concert unter Mitwirkung des Fräulein Christine Coling aus Düsseldorf, Herrn A. Eigenberg aus Koblenz, Herrn Alhur van Dooren aus Brüssel und hiesiger Dilettanten. Das mehrere Nummern umfassende Programm wurde mit der größten Exactheit abgewickelt und wußte das zahlreich anwesende Publicum die Leistungen der Vortragenden durch überreichen Applaus gebührend zu schätzen. Um die Vorträge des Chores zu charakterisiren genügt die umsichtige Leitung des Musikdirectors Hrn. Schausseil aus Düsseldorf hervorzuhellen. Fräulein Coling verfügt über bedeutendes Stimmmaterial und fesselte die Zuhörer mit ihrem gefühlvollen, mit recht deutlicher Aussprache verbundenen Vortrage. Herr Eigenberg ist den Herren nicht mehr unbekannt. Derselbe besitzt eine kräftige und wohlklingende Baritonstimme, welche ihre Wirkung nicht verfehlte. Herr Alhur van Dooren spielt das Klavier mit Eleganz und einer bewundernswürdigen Fertigkeit. Die Leistungen der hiesigen Dilettanten, der Fräulein Remy, Selmann und Frau Rosellen in ihren Solopartien können als gut bezeichnet werden.

Neuf, 12. Febr. In der verflossenen Woche wurden durch die Polizeibehörde 40 Brodtagen abgestempelt, wozu sich die Preise eines Schwarzbrottes im Gewichte von 6 Kilo, wie folgt stellten, bei:

4 Bäckern resp. Verkäufern 0,90 M.
9 „ „ „ „ 0,32 „
1 „ „ „ „ 0,94 „
26 „ „ „ „ 0,96 „

Düsseldorf, 10. Febr. Wie der „Eif. Bztg.“ mitgetheilt wird, hat aus Anlaß des jüngst mitgetheilten Ministerial-Erlasses, das Hauptlehrer-System betreffend, die hiesige Regierung nunmehr unterm 21. v. M. jegliche Collectiv-Vorstellung von Lehrern verboten, sowie alle Versuche, solche zu veranstalten. Dem einzelnen Lehrer sei es nicht verwehrt, Anträge und Wünsche der Behörde vorzutragen, und jeder Lehrer, der zu einer Eingabe Anlaß habe, dürfe gewiß sein, daß seine Anträge einer eingehenden Prüfung unterzogen würden. Collectiv-Vorstellungen seien jedoch nicht die geeignete Form, Wünsche der vorgesetzten Behörde auszusprechen.

J. Kleinendroch, 11. Febr. Nachdem am vorigen Samstag in Engbrud das feurige Element eine Stallung zerstört hat, wurde gestern Abend in der benachbarten Ortschaft Eidernd ein Wohnhaus in Asche gelegt. Bei dem jetzigen Wasseranfall war es ein Glück, zumal bei starkem Winde, daß das Gebäude eine isofirte Lage hatte.

Salingen, 12. Febr. Gar oft kommt es in Wahlperioden vor, daß über die gegnerischen Candidaten losgefahren wird. Zur Vorsicht diene ein Urtheil des hiesigen Schöffengerichtes. In einer Gesellschaft äußerte sich ein Wähler über einen am besten bekannten Candidaten: „Gehe ich den Wähler, gebe ich meine Stimme lieber einem von der Peters-Gele (Stelle der Dienstämner.) Wegen öffentlicher Beleidigung wurde der Candidat klagbar. Die Vertheidigung konnte darin keine Beleidigung finden, indem jeder wählen könne, wen er wolle. Das Schöffengericht erkannte darin jedoch eine Beleidigung und verurtheilte den Angeklagten in Anbetracht der bei Wahlen herrschenden Erregungen zu einer Geldstrafe von 5 M. — In dem Walde bei Ohligs fand man einen Mann erhängt.“

Gräfrath, 12. Febr. Ein Bremser, der auf einem in Bewegung befindlichen Rollwagen springen wollte, blieb mit dem Fuße an der Schiene hängen, gerieth unter die Räder und erlitt erhebliche Verletzungen.

i Köln, 12. Febr. Gestern wurde der Zugführer und mehrere Bremser eines Nachener Güterzuges festgenommen, weil sie unterwegs eine Kiste mit Wein erbrochen und den Inhalt an sich genommen hatten.

— Auf dem Rheine herrscht ein ganz kolossaler Verkehr. Am 9. und 10. d. fuhren 176 Schiffe durch die Schiffbrücke. — Die Auswanderung stößt auch während des Winters nicht. Täglich langen größere und kleinere Trups an.

— Die Umgebung des Domes soll noch im Laufe dieses Jahres gütig gestaltet werden, wobei namentlich der eigentliche „Domhof“ mehr hervortreten soll. — An den neuen Einbauten der Gewölbe der neuen Forts wird emsig gearbeitet. Einige hundert Handlanger aus Braunweiler müssen wader ansetzen. Mehr als 70 Schiffe Vastal und Kleinschlag werden verwendet.

Köln, 12. Febr. Bei der königlichen Regierung fanden Conferenzen statt, bei denen es sich, wie die „Köln. Ztg.“ erzählt, zunächst um Gefah für den zu beseitigenden Wind der Domcurie zwischen Domkloster, Transtasse und Fetenbennen gehandelt hat; sodann soll die Regulirung des Domhofes und die Freilegung des Domes zur Sprache gekommen sein. Es soll darnach Aussicht vorhanden sein, daß diese Frage in absehbarer Zeit gelöst würden. Man glaubt, daß das Stübchensche Project nach einigen Abänderungen zur Annahme kommen werde. Sollte letzteres nicht geschehen, so müßte die Cabinetsordre betreffend die Veranlagung der Batterie für die Freilegung des Domes geändert werden. Bei den Verhandlungen waren die betheiligten Behörden vertreten. Diese haben sich ihre Entschlüsse vorbehalten.

Köln, 9. Febr. Der „B. Bztg.“ ist folgendes zu entnehmen: Das Kammergericht hat vor einigen Tagen eine für die Rheinprovinz wichtige Entscheidung gefällt. In zwei auf Anzeige des Kölner Apotheker-Vereins erhobenen Klagen gegen Kölner Droguisten wegen unerlaubten Verkaufes von Arzneimitteln hat das Kammergericht auf Freisprechung erkannt, weil die Apotheker-Ordnung von 1801, auf welche die Klage sich stützte, in der Rheinprovinz nicht in rechtsgültiger Form publicirt sei und deshalb dort nicht

rechtsverbindlich sei, andere gesetzliche Bestimmungen, welche den Verkauf von Arzneimitteln einschränken, in der Rheinprovinz aber nicht vorhanden seien. Nach diesem Urtheile genießen die Apotheker in der Rheinprovinz also keine Vorrechte bezüglich des Verkaufes von Arzneimitteln. Es ist freilich zu erwarten, daß die Staatsregierung Schritte thun wird, damit der durch das Erkenntniß des Kammergerichtes festgestellte Zustand nicht lange dauere.

Die Kölner Carnevalsgesellschaft hat beschloffen, am Carnevals-sonntag einen Maskenzug zu veranstalten. Der Zug soll die hervorragendsten Volksfeste der bedeutendsten Culturvölker zur Anschauung bringen. Das Programm weist folgende Nummern auf: drei Vorreiter, alte Ägypter, Reitergruppe; Wagen des Nil, die Pyramiden mit dem Grabe der Nahrnath, Spitzirge, Obelisten; das Nachschiff, Reitergruppen in griechischen Costümen; die Saturnalien der Römer, Wagen der Tiber; sechs Vorreiter, der Rummelschanz im Mittelalter, der Rhein, das Narrenschiff mit Vorreitern; der Prachtwagen der Colonia; Galawagen des Vorderandes; Wagen des Prinzen Carneval; Kölner Bauer und Jungfrau; Funten-Infanterie mit Felt; Funten-Artillerie mit Wagen und Geschütz; die Boulangerie; eine bulgarische Deputation auf russischen Wagen; humoristischer Wagen der Gesellschaft Rhinam Damm, eine Reitergruppe, Schluswagen: die Bedeckung. Es sollen 6 Musikcorps in den Zug eingestellt werden.

Ehrenfeld, 12. Febr. Hier sind alle Maskeraden am Rosenmontag bis 7 Uhr Abends durch Polizei-Berordnung verboten worden.

Deuf, 12. Febr. Die Eisenbahn-Verwaltung (rechtsrheinisch) hat den Wittwen ehemaliger Arbeiter der Wagen-Werkstätten der früheren Köln-Mindener Bahn die unerfreuliche Mittheilung zugehen lassen, daß die Unterstüßungen, welche denselben bis jetzt gewährt wurden, wegen Unzulänglichkeit der dafür vorhandenen Mittel haben vermindert werden müssen.

Nachen, 10. Febr. Gestern Abend verschied laut dem „Echo d. G.“ im hiesigen Alexianerkloster der vormalige Professor der Theologie an der Universität Freiburg (Baden), Herr Dr. Franz Sentis. Geboren in Breberen bei Heinsberg, empfing derselbe 1857 in Köln die h. Priesterweihe, wurde Caplan in Kettenis und begab sich dann zu weiteren juristischen Studien an die Bonner Hochschule. Auf Grund einer ausgezeichneten Dissertation über die Testamente der Geistlichen zum Doctor beider Rechte promovirt, zog er 1868 nach Rom, wo er drei Jahre canonischen Studien oblag. Im Jahre 1865 habilitirte der Verstorbenen sich als Privatdocent in Bonn, erhielt 1867 einen Ruf als außerordentlicher Professor des canonischen Rechts nach Freiburg und wurde dann 1870 zum ordentlichen Professor befördert, welche Stelle er ruhmvoll bis 1884 bekleidete. Damals stellten sich die ersten Anzeichen einer Gehirnkrankheit ein, welche den trefflichen Mann in der Blüthe der Jahre abgerufen sollte. In der Wissenschaft des canonischen Rechts hat der Verewigte sich bleibende Verdienste erworben durch seine Schrift über die „Monarchia Secula“ und durch die Herausgabe des „Decretalenbuches Clemens VIII.“ Dem ausgezeichneten Gelehrten und gewissenhaften Priester werden seine zahlreichen Freunde ein trauerndes Andenken bewahren.

Dorn, 11. Febr. Eine neue Art von Hausfriedensbruch hat, so schreibt die „D. Reichsztg.“ unser Mitbürger Picard entdeckt. Derselbe sandte die ihm zugesandte Rede Windthorst's in Köln mit folgender Bemerkung zurück: „I. h. mit dem Bemerkten zurück, daß ich es nicht wünsche, zur Verbreitung einer solchen Leistung für königliche Bauern und Bauernfängern meinen resp. (ectablen?) Briefkasten benutzt zu sehen. Das ist eine Unanhang, zu der Sie nicht berechtigt sind. Bist, solche faulen Sachen einem friedlichen Mitbürger in's Haus werfen zu lassen; das müßte fast als Hausfriedensbruch bestraft werden. Bist, Picard.“ Aber warum bringt auch Hr. Picard über seinem Briefkasten nicht die Aufschrift an: „Für ausschließlich liberale Briefschaften“?

Koblenz, 10. Febr. Mit den nach Neß zum Festungsbaue gesuchten Erdarbeitern und Maurern ist's doch nicht geworden. Zahlreich meldeten sich hier und in anderen Deutschaffen solche Leute, von denen manche sogar von Auswärts gekommen, froh, in der Winterzeit Arbeit zu finden. Andere haben, durch den guten Lohn verlockt, ihre frühere Arbeit aufgegeben. Nun aber wurde ihnen bald darauf Bescheid gegeben, daß die betreffenden Arbeiten eingestellt seien. In der That aber soll es laut der „Köln. Bztg.“ sich um einen Streik in Neß gehandelt haben, der inzwischen wieder beigelegt worden sei und das Arbeitergejuch überflüssig machte. Einige glaubten schon, es ginge jetzt ganz sicher los.

Hagen, 11. Februar. Großes Aufsehen erregt hier das Verhohnen zweier Dienstmädchen im Alter von 18 und 22 Jahren. Die beiden, von denen jede bei einer anderen Herrschaft dient, machten am Sonntag, an welchem Tage sie nachmittags frei hatten, einen Spaziergang, verweilten dann bis 6 Uhr Abends im Volkscasseehaus und sind von dem Augenblicke an, wo sie das Local verließen, spurlos verschwunden. Differenzen mit den Dienstherrschaften lagen nicht vor, auch haben die Mädchen nichts von ihren Sachen mitgenommen, so daß also eine vorher geplante Entfernung ausgeschlossen erscheint.

Vermischtes.

Berlin, 12. Febr. Heute früh nach sechs Uhr brach im Hotel „Continental“ Brand aus, welcher sich über den Dachstuhl verbreitete und den mittleren Theil desselben zerstörte, während der Seitenthail weniger beschädigt wurde. Der Brand wurde auf den Herd beschränkt. Keinerlei Unglücksfälle sind gemeldet.

Das Continentalhotel ist das neueste große Hotel Berlins, es liegt mit der Hauptseite an der Neustädtischen Kirchstraße, mit einer Seite an der Dorotheenstraße und mit der anderen Seite an der Georgenstraße. Das Hotel nimmt die- ses Biered ein, liegt außerdem den Stallungen des „Zatter- saales“ gegenüber, sowie in unmittelbarer Nähe des „Centralhotels“ und des Bahnhofes Friedrichstraße, ist aber von drei Seiten von breiten Straßen umgeben. In vorigen Jahre eröffnet, hatte es bereits großen Zuspruch.

